

Millionen in
Lebende in das
s der Weltge-
worden sind.
las nie verges-
er hier, noch
äter war West-
nd da jammer-
ur über den
Für uns Hier-
eine harte Zeit
Wiederholen
ht. All denen,
andere ansta-
Demokratie
um für ihre
zu werben, ist
teilen. Das gilt
isten jeglicher
die AfD.

deutschen Bundesländern ge-
leistet. Ob diese Art von Hilfe
wirklichen Nutzen erbringt, das
wird sich bald zeigen.
Mir jedenfalls hat es auch als
Nichtmitglied der AfD die Spra-
che verschlagen, wenn ich lesen

musste, wie massiv ein bayeri-
scher Spitzenpolitiker diese Par-
tei angreift und sie quasi mit der
profaschistischen NPD auf eine
Stufe stellt. Wenn ein bekannter
Hau-drauf-Politiker einen ande-
ren rhetorisch vergleichbaren

außenpolitisch die Deutlich-
heit für sich beansprucht. Ich
finde es fatal, dass in fast allen
Fragen, die Deutschlands Inte-
ressen betreffen, „alt-bundes-
deutsche“ Standpunkte vertre-
ten und – wenn erforderlich –

spunkt in den Köpfen vieler
gegenwärtig agierender Politi-
ker und Meinungsmacher der
„alten Schule“ herum.
Was den Hauptvorwurf
gegenüber der AfD betrifft, sie
sei profaschistisch und antisemi-

dem Teppich“ bleiben und sich
stattdessen darum bemühen,
dass eine echte Wertegemein-
schaft in Deutschland und Euro-
pa entsteht und sich ein span-
nungsarmes Miteinander in
unserer Gesellschaft entwickelt.

den sind. Und es geht schon
ge nicht mehr darum, wie v
Jahre uns bleiben, um auch
Rest für unseren Wohlst
noch verfeuern zu können, s
dern darum, diesen Wahns
endlich zu beenden. Man m
auch nichts von Zahlen ver
hen, eigentlich nur die Nul
zählen können, um das Verh
nis von 200 zu etwa 200.000
Jahren Erdgeschichte in sei
Bedeutung zu begreifen. Vö
zurecht fordert die Wiss
schaft, dass der noch vorhan
ne Rest an Kohle, Öl und Gas
der Erde bleiben muss. Das s
te wirklich jeder Erdenbew
ner verstehen.

Verfahrensdauer oft übermäßig lang

Beispiel Familienrecht: Kinder und Eltern die Leidtragenden. Bisher keine Besserung der Zustände in Sicht

Martin Wiechers, Vorsitzender des Weimarer Anwaltvereins, schreibt zum Artikel „Schnelle Gerichtsverfahren in Thüringen nur punktuell“:
Ihrem Artikel entnehme ich, dass das beschleunigte Verfahren nach Paragraph 417 Strafprozessordnung (StPO) nach Auffassung des Justizministerium geeignet sei, „einen wichtigen Beitrag zur zügigen Herstellung des Rechtsfriedens zu leisten...“.
Der Rechtsfrieden ist entgegen der Auffassung des Justizministeriums in erster Linie nicht durch eine partielle be-

schleunigte Aburteilung einer geringen Anzahl von Kleinkriminellen dauerhaft herzustellen, sondern vielmehr durch die Sicherstellung einer zeitlich angemessenen Dauer von Gerichtsverfahren im Allgemeinen und insbesondere in Rechtsgebieten, die breite Bevölkerungsteile betreffen können.
Dies ist in einer Vielzahl der Gerichtsverfahren nicht gewährleistet. So ist zum Beispiel am Amtsgericht Weimar im Bereich des Familienrechts bereits seit vielen Jahren eine überlange Verfahrensdauer Usus. Selbst

bei gesetzlich verankerter Beschleunigungsmaxime für einzelne Verfahrensarten kommt es vor, dass über Unterhaltsansprüche von Minderjährigen auch nach drei Jahren erstinstanzlich noch nicht entschieden wird. Ähnlich verhält es sich mit Verfahren, die Streitigkeiten über die elterliche Sorge oder das Umgangsrecht betreffen. Es ist auch schwer zu vermitteln, dass die übliche Verfahrensdauer einer nichtstreitigen Ehescheidung am Amtsgericht Weimar regelmäßig annähernd ein Jahr beträgt. Versuche des Wei-

marer Anwaltvereins in zahlreichen Gesprächen sowohl mit der Direktorin des Amtsgerichts Weimar als auch unter Einbeziehung des Thüringer Oberlandesgerichts, eine Besserung der Zustände herbeizuführen, blieben letztendlich ergebnislos.
Die überlange Verfahrensdauer sowie die angebliche Nichtabänderbarkeit der haltlosen Zustände wurde seitens der Vertreter des Gerichts im Wesentlichen mit dem dauerhaft hohen Krankenstand der Mitarbeiter und Richter des Amtsgerichts Weimar sowie der fehlenden

Einflussmöglichkeit auf Art und Umfang der Tätigkeit der erkennenden Richter wegen des zu beachtenden Grundsatzes der richterlichen Unabhängigkeit begründet. Die Haltung der Vertreter des Gerichts kommt einer Bankrotterklärung gleich und ist mit dem Rechtsstaatsprinzip nicht vereinbar, da die überlange Verfahrensdauer de facto eine Rechtsverweigerung darstellt. Der nunmehrige Aktionismus, Bagatelldäter kurzfristig ihrer hoffentlich gerechten Strafe zuzuführen, ist letztendlich lediglich Augenwischerei.



Ende 2.0 und
ahre Volk.
ANSCHKE/REUTERS



Ein anderer Umgang mit fossilen Brennstoffen ist nötig.
FOTO: CHRISTIAN CHARISIUS/

TLZ-LESERDIALOG

Können Kinder von ihren Eltern am besten betreut werden?

zeit wird um Modelle für den passenden Lebensentwurf von getrennt lebenden Erwachsenen mit ihrem Nachwuchs gestritten

Hard Kehrer, Heiligenstadt, Kinderberernt leben-lerem:
ommer,
ich gelesen,
erschiedenen
n nach der
einanderset-

kenntnis auf diesem Gebiet und die in der Bundesrepublik regelhafte Anwendung des Residenzmodells vermeidbar jahraus jahrein zu vieltausendfachem großem Leid bis hin zu zahlreichen Suiziden bei betroffenen Kindern und Erwachsenen.
Es ist bei näherer Beschäftigung mit den Zusammenhängen evident, dass das Wechselmo-

tende Gerichte und teure Anwälte außen vor gehalten werden können, haben wohl viele segensreiche Vorteile. Es täuscht jedenfalls, wenn man meint, die nach einer Ehescheidung resultierenden Betreuungsfragen aus dem Bauchgefühl heraus ohne profunde Kenntnis der einschlägigen psychodynamischen Zusammen-

noch dazu als binäres Ja-Nein-Phänomen verstanden, beweist weniger eine ausreichende Kompetenz auf diesem Gebiet als vielleicht eher eine narzisstische Selbstüberschätzung.
Für einen Leserbrief sollen diese Andeutungen der aus meiner Sicht wichtigsten zu beachtenden Facetten einer komplexen zentralisierenden Denk-

nichts Gutes mehr zu sagen haben, als Eltern gemeinsam möglichst für das Kind oder die Kinder gedeihliche Lösungen zum Aufenthalt finden sollen, lässt sich offenkundig nicht pauschal
Beantwortet
Leser-Anliegen:



weis auf das Kindeswohl, das jede Seite für sich reklamiert, wenig hilfreich ist. Es lässt sich leicht vorstellen, dass es für die beteiligten staatlichen Stellen einfacher wäre, wenn eine bestimmte Handhabung die Regel darstellen würde und nicht in jedem einzelnen Fall ausgehandelt werden müsste.

KONTAKT

Wir freuen uns auf Ihre Briefe

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, schreiben Sie uns bitte Ihre Meinung zu aktuellen Themen Politik, Gesellschaft und alles was Ihnen vor allem in Thüringen wichtig erscheint. Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen, die die Auswahl und Kürzungen vornimmt. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. Wir freuen uns auf Ihre Briefe.